

ZH_OBERGERICHT PS190053 vom 26. März 2019

ZH Obergericht, 2019-03-26, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_PS190053

FR: ZH_OBERGERICHT PS190053 du 26 mars 2019

IT: ZH_OBERGERICHT PS190053 del 26 marzo 2019

Erwägungen

E. 1

Das Konkursgericht des Bezirksgerichtes Zürich eröffnete mit Urteil vom tt.mm.2019 über die Beschwerdeführerin den Konkurs (act. 3). Mit Beschwerde vom 21. März 2019 beantragte die Beschwerdeführerin rechtzeitig die Aufhebung des Konkurses, im Wesentlichen mit der Begründung, sie sei nicht überschuldet, es bestehe eine gute Auftragslage und es stehe unmittelbar die Übernahme durch einen Investor bevor, wobei mit dessen ersten Anzahlung per 31. März 2019 die Konkursforderung befriedigt werden könnte. Auch die Weiterführung des Unternehmens sei durch einen talentierten und fachlich kompetenten Nachfolger gesichert. Die Konkursöffnung sei lediglich auf einen vorübergehenden Liquiditätsengpass zurückzuführen (act. 2). Gleichzeitig stellte die Beschwerdeführerin ein Gesuch um Erteilung der aufschiebenden Wirkung.

E. 2

Gemäss Art. 174 Abs. 2 SchKG kann die Konkursöffnung im Beschwerdeverfahren aufgehoben werden, wenn der Schuldner mit der Einlegung des Rechtsmittels seine Zahlungsfähigkeit glaubhaft macht und durch Urkunden einen der drei gesetzlich vorgesehenen Konkurshinderungsgründe (Tilgung, Hinterlegung oder Gläubigerverzicht) nachweist. Die Beschwerde ist innert einer Frist von 10 Tagen einzureichen und abschliessend zu begründen. Das bedeutet, dass der Schuldner sowohl einen der drei Konkurshinderungsgründe als auch seine Zahlungsfähigkeit innert der Rechtsmittelfrist mit Urkunden nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen hat. Neue Behauptungen und Urkundenbeweise über konkurshindernde Tatsachen kann er innert der Rechtsmittelfrist aber selbst dann vorbringen, wenn sie nach dem erstinstanzlichen Entscheid ergangen sind. Nachfristen sind hingegen keine zu gewähren (vgl. dazu BGE 136 III 294).

E. 3

Das angefochtene Konkurserkennntnis wurde der Beschwerdeführerin am 11. März 2019 zugestellt, mit dem Hinweis, dass für die Rechtsmittelfrist die gesetzlichen Fristenstillstände gemäss Art. 145 Abs. 2 ZPO nicht gelten (act. 2 und act. 7/23). Die zehntägige Rechtsmittelfrist lief somit bis zum 21. März 2019 (Art. 142 ZPO). Innert dieser Frist hat die Beschwerdeführerin weder einen Nachweis über die Tilgung oder Hinterlegung der Konkursforderung samt Kosten ein-

- 3 - gereicht, noch einen Nachweis dafür, dass die Beschwerdegegnerin auf die Durchführung des Konkurses verzichtet. Das Vorliegen eines Konkurshinderungsgrundes wurde im Übrigen auch nicht behauptet. Die Beschwerde erweist sich bereits deshalb als unbegründet. Dass damit ein Unternehmen untergeht, dass nach Darstellung seines Verwaltungsrates C._____ an sich eine Zukunft gehabt hätte, ist gewiss bedauerlich. Das zu verhindern hätte aber einer besseren Liquiditätsplanung bedurft. In der aktuellen

Situation kann der betreibenden Gläubigerin das Recht auf Festsetzung der Zwangsvollstreckung nicht abgesprochen werden. Mit dem vorliegenden Entscheid in der Sache wird das Gesuch der Beschwerdeführerin um Erteilung der aufschiebenden Wirkung hinfällig.

E. 4

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens sind ausgangsgemäss der Beschwerdeführerin aufzuerlegen (Art. 106 Abs. 1 ZPO). Der Berufungsbeklagten ist für das Beschwerdeverfahren mangels Umtrieben, die zu entschädigen wären, keine Parteientschädigung zuzusprechen. Es wird erkannt:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.